

Der palästinensische „Dritte Weg“

Von Inken Wiese

Vielleicht nicht zum letzten Mal wird Jassir Arafat im September eine Umbildung des Kabinetts veranlasst haben. Und wohl nicht zum letzten Mal wird dies ohne die Möglichkeit des palästinensischen Volkes, über einen solchen Schritt mitentscheiden zu können, geschehen sein. Denn der Zeitpunkt der längst überfälligen Wahlen, ursprünglich angekündigt für Januar 2003, steht angesichts der derzeitigen Eskalation des Konflikts mehr denn je in den Sternen. Resignation ob der Zustände im Nahen Osten macht sich deshalb aber nicht nur bei den westlichen Geberländer breit, sondern vor allem unter den Betroffenen selbst – Palästinensern wie Israelis. Vor diesem Hintergrund weckt die vor einem Jahr gegründete Bewegung „Palestinian National Initiative“ (kurz: PNI oder auch Al-Mubadara/Die Initiative) einen kleinen demokratischen Hoffnungsschimmer. Unter Israelis so gut wie gar nicht bekannt und unter Palästinensern nur in bestimmten Schichten prominent, wird die Bewegung jedoch im Ausland mit großem Interesse verfolgt und von hiesigen zivilgesellschaftlichen wie politischen Akteuren umworben. Je nach Ausrichtung, wird sie mal als sozialdemokratisch, mal als liberal, mal als undoktrinär bezeichnet. Um also nicht überzogenen Erwartungen zum Opfer zu fallen, wie im Fall des nach nur wenigen Monaten im Amt zurückgetretenen palästinensischen Premierministers Mahmud Abbas geschehen, soll im Folgenden kurz beleuchtet werden, wie realistisch die Hoffnungen sind, die unter anderem die deutsche Sozialdemokratie in die PNI setzt.

Eine „Dritte Alternative“: Zwischen Arafat und islamistischen Extremisten

Gegründet wurde „Al-Mubadara“, wie sie in Palästina und in arabischsprachigen Zeitungen gemeinhin genannt wird, am 6. Juni 2002 von namhaften Vertretern der palästinensischen Gesellschaft und Politik. Unterzeichnet wurde der Aufruf von Mustafa Barghouthi aus Ramallah, Direktor der größten palästinensischen Erste-Hilfe-Organisation UPMRC, von Haidar Abdel-Shafi aus Ghaza, der sich weiten Respekt durch seine Rolle bei den Verhandlungen in Barcelona verschafft hatte, dem Jerusalemer

Abgeordneten Ibrahim Daqqaq und dem kürzlich verstorbenen US-palästinensischen Professor Edward Said. In Suids Worten, die in der gesamten arabischen Welt großen Einfluss besitzen, stellt Al-Mubadara „eine Vision von Frieden mit Gerechtigkeit, Koexistenz und – extrem wichtig – säkularer Sozialdemokratie für unser Volk, die einzigartig in der palästinensischen Geschichte ist“ dar (Al-Ahram Weekly, 11.7.2002).

Entstanden und genährt aus den wachsenden Forderungen der Bevölkerung, am Prozess des „nation-building“ und damit an der Bildung eines unabhängigen und lebensfähigen palästinensischen Staates beteiligt zu sein, ist der konkrete Wirkungsgrad der PNI aber nur schwer zu bestimmen. Aktiv unterstützt wird sie derzeit, außer von den ausländischen Stiftungen in Palästina, vor allem von Angehörigen der palästinensischen Mittelschicht und der säkularen Intelligenz. Besonders durch die Aktivitäten des von Mustafa Barghouthi geleiteten UPMRC, der die medizinische Versorgung von über einer Million Palästinenserinnen und Palästinenser sicherstellt, macht sie indirekt einen weitaus größeren Personenkreis für die Bewegung empfänglich.

Mustafa Barghouthi ist auch der Hauptprotagonist der Bewegung. Der smarte 49jährige Alt-Kommunist, der ursprünglich in der Sowjetunion zum Arzt ausgebildet worden war und später in Stanford ein MBA dazu erwarb, fungiert als Generalsekretär der PNI. Nach seinen Worten, die sich im Detail auf der Website der Organisation (www.almubadara.org) nachlesen lassen, will sie eine „Dritte Alternative, ein Dritter Weg“ sein. Al-Mubadara möchte damit denjenigen Teil der Bevölkerung repräsentieren, der in der ausländischen öffentlichen Meinung, also vor allem in der israelischen und der US-amerikanischen, unrechtmäßig nicht wahrgenommen wird, weil sie nicht der stereotypen Kategorisierung in die korrupte Nationalautonomie Arafats einerseits und gewaltbereite Islamisten andererseits entspricht. Die Anerkennung der – empirisch nachweisbar durchaus nicht unwesentlichen – Gruppe von Befürwortern einer demokratischen und säkularen Alternative würde, so Barg-



Dr. Mustafa Barghouthi

houthi, nicht nur die Verhandlungsstrategie der israelischen Regierung unterminieren, sondern auch das Ausmaß der Verschleppung der internen Reformen durch die Palästinensische Autonomiebehörde zu Tage fördern.

Eine einheitliche nationale Führung

Um nicht nur einer weiteren Schwächung dieser palästinensischen demokratischen Öffentlichkeit entgegenzutreten, sondern vor allem auch um eine weitere Spaltung der Gesellschaft zu verhindern, setzt sich Al-Mubadara vornehmlich für die Bildung einer nationalen Einheitsführung, also für eine Einbindung der islamistischen Akteure in den politischen Prozess, ein. Nur so kann nach Einschätzung Barghouthis und der PNI ein lebensfähiger souveräner Staat Palästina geschaffen werden, der wiederum die Grundlage dafür darstellt, dass die von ihr propagierte säkulare und demokratische Option eines Tages mehrheitsfähig wird. Barghouthi erwartet sich von der Einbindung aller Gruppen in den politischen Prozess die Mäßigung der radikalen Kräfte wie Hamas und islamischer Dschihad, da auch sie gezwungen wären, sich dem mehrheitlichen Willen des Volkes zu unterwerfen. Zwar kann auch für Barghouthi eine solche geeinte Führung nur eine Interimslösung zur Vorbereitung wirklich demokratischer Wahlen sein, doch sind seine Erwartungen an sie hoch. Er erhofft sich „...eine Führung, die uns mit einem Minimum an Koordinierung und Aussöhnung versieht und unserem Volk Vision, Führung und Orientierung, die uns so lange fehlte, anbietet“ („Ein Ort für unseren Traum“, Palästina Journal 53/54, S.7).

Sozialdemokratische Visionen

Dabei mangelt es Al-Mubadara nicht an einer praktischen, wenn auch ambitionierten

Inken Wiese (28), Internationale Sekretärin der Jusos und Islamwissenschaftlerin, lebt in Berlin

politischen Agenda. Neben ihren Forderungen an die israelische Seite nach einem souveränen und unabhängigen Staat in den Grenzen von 1967 mit Jerusalem als seiner Hauptstadt und der prinzipiellen Anerkennung des Rückkehrrechts palästinensischer Flüchtlinge gibt es konkrete Forderungen an die palästinensische Führung. Nicht nur die Etablierung einer unabhängigen Justiz und damit eine Durchsetzung der Gewaltenteilung sowie die Verstärkung des Kampfes gegen die Korruption stehen auf der Agenda, sondern auch sozialdemokratische Kernanliegen wie die Errichtung eines wohlfahrtsstaatlichen Gesundheitssystems und eines allgemeinen und reformierten Bildungs- und Erziehungssystems. Diese Aufgaben, die man zwar in Kooperation mit ausländischen Organisationen und Institutionen, auf keinen Fall aber unter ihrer Führung, angehen müsse, stellen nach Ansicht Mustafa Barghouthis nicht nur einen wichtigen Schritt auf dem Weg zur längst überfälligen politischen Selbstbestimmung dar. Er erwartet sich auch geradezu „emanzipatorische soziale und entwicklungspolitische Auswirkungen“ für die gesamte Bevölkerung von ihnen.

Begrenzte Chancen der PNI als Partei – noch!

An Rhetorik wie dieser lässt sich manchmal noch die kommunistische Schule ablesen, die Barghouthi durchlaufen hat. Dass er auch weiterhin Vorstandsmitglied der kommunistischen Partei Palästinas ist, widerspricht damit zwar nicht dem Programm von Al-Mubadara, die sich ja für eine parteiübergreifende Führung einsetzt, überrascht aber vor dem Hintergrund der Pläne, bei den nächsten Wahlen als eigene Partei, mindestens jedoch als Wahlbündnis anzutreten. Barghouthis Zögern, die kommunistische Partei zu verlassen, mag damit begründet sein, diese Pläne zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht allzu publik machen zu wollen, da die Chancen seiner Wahl bzw. die seiner Bewegung derzeit denkbar gering wären. Zwar gehören er und Haidar Abdel-Shafi zu den geschätztesten Persönlichkeiten in Palästina, da sie sich durch ihren gewaltlosen Beitrag zum palästinensischen Befreiungskampf und zur Intifada ausgezeichnet haben, aber auch durch ihre Distanz zur Autonomiebehörde Arafats ihre Integrität wahren konnten. Gerade die Aufgabe dieser Distanz, die viele im Eintritt der PNI in den politischen Wettkampf sehen würden, stellt derzeit eine der größten Gefahren dar.

Hinzu kommt, dass es angesichts der in Palästina noch weit verbreiteten Klientelstrukturen in der Regel nicht ein überzeugendes Parteiprogramm und hehre Maßstäbe sind, die bei einem Urnengang entscheiden. Trotzdem sollten Personen wie Mustafa Barghouthi und Bewegungen wie

Al-Mubadara als Hoffnungsträger und mögliche Führungskräfte eines friedlichen und demokratischen Neuanfangs nicht nur weiterhin im Auge behalten werden, sondern auch weiterhin die größtmögliche Unterstützung aus dem In- und Ausland erhalten.

Auch Jusos leisten einen Beitrag

Die Jusos haben mit ihrem Beitrag schon begonnen: So informierten sie Vertreterinnen und Vertreter des Jugendsektors von Al-Mubadara in einem einwöchigen Seminar in Berlin über die deutschen jugendverbandlichen Strukturen und über innerparteiliche Demokratie. Dass angesichts der

jungen palästinensische Gesellschaft daraus eine aktive und starke Jugendorganisation entwachsen möge, bleibt hoffentlich nicht nur ein frommer Wunsch. Die geplanten flächendeckenden verbandsinternen Wahlen auf allen Gliederungsebenen in den kommenden Monaten geben berechtigten Anlass zur Hoffnung: Sie wären nicht nur ein Stück gelebte Demokratie in Palästina, sondern sollen die Bewegung rechtzeitig vor den nationalen Wahlen mit einer legitimierten Führung versehen und damit ihren Forderungen nach innerpalästinensischer Demokratie Nachdruck verleihen. Ein erster Schritt auf einem noch langen und steinigen Weg. spw 4 / 2003



Du kannst diese Motive als Plakat (DIN A1, für nur 40 Cent zzgl. Versandkosten), als Flyer oder als Postkarte (für nur jeweils 10 Cent zzgl. Versandkosten) bestellen.

- Ich möchte Plakate A, Plakate B, Plakate C, Plakate D, Plakate E bestellen.
- Ich möchte Flyer A, Flyer B, Flyer C, Flyer D, Flyer E bestellen.
- Ich möchte Postkarten A, Postkarten B, Postkarten C, Postkarten D, Postkarten E bestellen.
- Ich hätte gerne weitere Informationen über das Jugendwerk der AWO.

Mein Name: _____

Meine Anschrift: _____

Mein Wohnort und PLZ: _____

Telefon: _____ E-mail: _____

Geschäftsstelle des Bundesjugendwerkes der AWO
 Oppelner Straße 130, 53119 Bonn
 Telefon: 0228/6685-117
 e-mail: info@bundesjugendwerk.de

www.einer-fehlt-noch.de